



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

1011 Wien, Stubenring 1
Fernschreib-Nr. 111145, 111780
Fernkopierer 73 79 95
Telefon 0222/7500 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:

Geschäftszahl 15.050/3-Pr.7/89

Mag. Schillinger/5035

An das
Präsidium des
Nationalrates

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

1017 W i e n

Parlament

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	38 - GE/989
Datum:	- 4. JULI 1989
Verteilt	7.7.89

Betreff:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Mutterschutzgesetz und
das Hausbesorgergesetz geändert
werden;
Ressortstellungnahme

Handwritten signature: Dr. Jozek

Unter Bezugnahme auf die Entschliebung des Nationalrates
anlässlich der Verabschiedung des Geschäftsordnungsge-
setzes, BGBl. Nr. 178/1961, beehrt sich das Bundes-
ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf
eines Bundesgesetzes, mit dem das Mutterschutzgesetz
und das Hausbesorgergesetz geändert werden, zu über-
mitteln.

25 Beilagen

Wien, am 28. Juni 1989

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Handwritten signature: Peyerl



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFTLICHE ANGELEGENHEITEN

1011 Wien, Stubenring 1
Fernschreib-Nr. 111145, 111780
Fernkopierer 73 79 95
Telefon 0222/7500 Durchwahl
Name/Tel.-Klappe des Sachbearbeiters:
Mag. Schillinger / 5035

┌ Geschäftszahl 15.050/3-Pr.7/89 ┐

An das
Bundesministerium für Arbeit und
Soziales

im Hause

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Betr.: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Mutterschutzgesetz und das Hausbe-
sorgergesetz geändert werden;

Ressortstellungnahme

zu Zl. 31.251/54-V/2/89 vom 2.5.1989

Zu dem im Betreff genannten Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das
Mutterschutzgesetz und das Hausbesorgergesetz beehrt sich das Bundes-
ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten folgendes mitzuteilen:

A. Allgemeines:

Es fällt auf, daß im Rahmen des Vorblattes zwar von den zufolge der vor-
gesehenen Novellierung dem Bund erwachsenden Mehrkosten die Rede ist, daß
aber diese Formulierung äußerst unbestimmt erscheint. Es ist nur allge-
mein ausgesagt, daß dem Bund durch die Novelle Mehrausgaben von
S 20,000.000,-- erwachsen. Was darunter im einzelnen gemeint ist, und vor
allem inwieweit auch speziell im Wirkungsbereich der Privatwirtschafts-
verwaltung des Bundes - wie etwa im Bereich des ho. Ressorts - sowohl die
unmittelbaren als auch nicht zuletzt die mittelbaren Mehrkosten abgegolten
erscheinen, bleibt unklar. Es wird daher davon ausgegangen, daß durch die
präliminierten Mehrkosten auch sämtliche etwa im ho. Wirkungsbereich auf-
laufenden Mehraufwendungen welcher Art auch immer abgedeckt erscheinen.

./.

- 2 -

B. In redaktioneller Hinsicht:

Die neuen Formulierungen zu den Zahlen 1 bis 24 zu Art. I und zu den Zahlen 1 und 2 zu Art. II wären jeweils unter Anführungszeichen zu setzen.

Darüber hinaus wäre in den neuen Formulierungen zu den Zahlen 6, 7, 8, 12, 16 und 17 im Art. I nach den Paragraphenzeichen und der jeweilig angeführten Zahl ein Punkt zu setzen. Weiters wäre in der neuen Fassung zu Zahl 9 und 22 im Art. I sowie zu Zahl 2 im Art. II jeweils am Anfang das Paragraphenzeichen mit der jeweilig angefügten Zahl zu streichen.

C. Im Besonderen:

Im Titel wäre nach dem Wort "Mutterschutzgesetz" die Jahreszahl "1979" einzufügen.

Zu Art. I

Die Promulgationsklausel zu Art. I hätte wie folgt zu lauten:

"Das Mutterschutzgesetz 1979 - MSchG, BGBl.Nr. 221, in den Fassungen der Bundesgesetze BGBl.Nr. 213/1984, BGBl.Nr. 563/1986, BGBl.Nr. 617/1984 sowie der Kundmachungen BGBl.Nr. 409/1980 und 577/1980 wird wie folgt geändert:"

Zu Art. I Z 2 (§ 3 Abs. 6):

In dieser Bestimmung wäre in der dritten Zeile nach dem Wort "oder" ein Beistrich zu setzen.

Die neu vorgesehenen Bestimmungen des § 3 Abs. 6 und des § 19 Abs. 1 und deren Spiegelung auf den (unverändert bleiben sollenden) § 35 Abs. 1 Mutterschutzgesetz erscheinen unklar. Sind jetzt alle Dienststellen des Bundes oder nur dessen Betriebe (im engeren Sinne; vgl. § 1 Abs. 2 des Bundesbediensteten-Schutzgesetzes) zur Meldung an das Arbeitsinspektorat usw. verpflichtet? Die Bestimmung des § 19 Abs. 1 des Entwurfes erschiene klar (d.h. Meldepflicht aller Dienststellen des Bundes statuiert), wenn nicht die Zitierung "in Dienststellen des Bundes gemäß § 1 Abs. 2 des BSG ..." wäre. Sollen nur die Betriebe des Bundes erfaßt werden oder im Gegenteil nur diese von der Meldepflicht ausgeschlossen werden?

- 3 -

Zu Art. I Z 3 (§ 4 Abs. 2 Z 4 und 9):

In dieser Bestimmung wäre jeweils am Ende der zitierten Ziffern 4 und 9 statt des Punktes ein Strichpunkt zu setzen.

Zu Art. I Z 7 (§ 10a Abs. 4):

In dem zitierten Absatz 4 wäre nach dem Wort "Fristenhemmung" ein Beistrich zu setzen.

Zu Art. I Z 9 (§ 14 Abs. 1):

Dem Text nach erscheint kein Unterschied zwischen Einzel- und Pauschalvergütungen für Überstunden gegeben. Es erhebt sich jedoch die Frage, wie eine diesbezügliche Berechnung in der Praxis vor sich gehen soll, nachdem für die Dienststellen des Bundes der Abrechnungszeitraum der Monat und nicht die Woche ist.

Zu Art. I Z 11 (§ 15 Abs. 2):

In der achten Zeile wäre das Wort "günstigeres" groß zu schreiben.
In Art. I Z 15 hätte es in der Einleitung statt "vor" besser "zu" zu lauten.

Zu Art. I Z 19 (§ 27):

Es sollte besser wie folgt lauten: "Im § 27 entfällt die Absatzbezeichnung "(1)". Abs. 2 entfällt. Das Zitat im § 27 lautet "§ 24".

Zu Art. I Z 23 (§ 35 Abs. 3):

Es hätte besser wie folgt zu lauten: "§ 35 Abs. 3 entfällt. Abs. 4 ist als Abs. 3 zu bezeichnen".

Zu Art. II:

In Z 1 hätte es statt "des Mutterschutzgesetzes, BGBl.Nr. 221/1979" besser "des Mutterschutzgesetzes 1979" zu lauten.

Zu Art. III:

Im Abs. 2 hätte es nach "§ 39" besser "des Mutterschutzgesetzes 1979" und nach "§ 31 Abs. 4" besser "des Hausbesorgergesetzes" zu lauten.
Ferner wären im § 39 des Mutterschutzgesetzes 1979 die neuen Bezeichnungen der dort angeführten Bundesministerien, u.a. des ho. Ressorts entsprechend zu berücksichtigen.

- 4 -


25 Ausfertigungen werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 28. Juni 1989

Für den Bundesminister:

J e l i n e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Peter', written over the printed text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.